

Presseinformation

Zu ordentlicher Reformarbeit unfähig!

Eckpunktepapier zur Gesundheitsreform sieht Kürzung der Klinikbudgets um 500 Mio. Euro vor

(**Eschborn, 4. Juli 2006**) Mit scharfer Kritik hat die Hessische Krankenhausgesellschaft (HKG) auf Pläne der Regierungskoalition reagiert, die Budgets der Krankenhäuser um insgesamt 500 Mio. Euro zu kürzen, um das erwartete Defizit der Krankenkassen im kommenden Jahr zu decken. *„Wenn der jetzt vorgesehene Sanierungsbeitrag in Höhe von 1 % der Krankenhausbudgets im Zuge der Gesundheitsreform tatsächlich umgesetzt werden sollte, so wird die Krankenhausversorgung in Deutschland – und damit auch in Hessen – vollends an die Wand gefahren – zu Lasten der Bürger und Patienten“*, mit dieser Feststellung hat die Geschäftsführerin des Dachverbandes der Krankenhäuser in Hessen, **Karin Lübberstedt**, in einer aktuellen Pressemitteilung ein soeben bekannt gewordenes Eckpunktepapier zur Gesundheitsreform 2006 kommentiert.

„Das Eckpunktepapier sieht viele Grausamkeiten für die Krankenhäuser vor. Der beabsichtigte und als Sanierungsbeitrag bezeichnete Pauschalabschlag auf die Krankenhausbudgets schlägt dem Fass jedoch den Boden aus und kann nur noch als Provokation der Krankenhäuser gewertet werden. Man muss sich ernsthaft die Frage stellen, ob man von Politikern, denen offenbar jede Vorstellung von der dramatischen finanziellen Situation der Krankenhäuser fehlt, überhaupt noch eine vernünftige und tragfähige Gesundheitsreform erwarten darf“, so Lübberstedt weiter.

Tatsache ist, dass die Krankenhäuser inzwischen schon seit mehr als 10 Jahren eine Festschreibung ihrer Budgets – dies ist der Gesamtbetrag der Erstattung für ihre Behandlungsleistungen durch die Krankenkassen – hinnehmen müssen. Lediglich um die sogenannte Einnahmeveränderungsrate – dies ist vereinfacht ausgedrückt der Prozentsatz, um den sich die Beitragseinnahmen der Krankenkassen verändern – dürfen die Krankenhausbudgets steigen. Dem stehen aber unvermeidbar steigende Ausgaben der Krankenhäuser gegenüber. Besonders gilt dies im Bereich der Personalkosten, in dem von den Krankenhäusern nicht zu beeinflussende Kostensteigerungen entstehen, die vor allem tarifvertraglich oder politisch induziert sind. Auch in Hessen fordern Ärzte im aktuellen Tarifkonflikt zweistellige Lohnzuwächse, der Wegfall der Bereitschaftsdienste ist nicht ansatzweise gegenfinanziert und den Kliniken drohen durch die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 Mehrausgaben in Höhe von weiteren 500 Mio. Euro.

„Sollen diese Mehrkosten etwa dadurch finanziert werden, dass man den Krankenhäusern nun noch zusätzlich und pauschal ihre Budgets kürzt“, fragt HKG-Geschäftsführerin Lübberstedt, die

ihre Enttäuschung über die jetzt vorgestellten Eckpunkte der Gesundheitsreform nicht verbirgt. „Wenn die Politik hier keine Korrekturen vornimmt, so drohen auch in Hessen Krankenhausinsolvenzen, Personalabbau in den Kliniken und eine einschneidende Verschlechterung der Patientenversorgung“, appelliert Lübberstedt mit Nachdruck an die Hessischen Bundestagsabgeordneten und die Hessische Landesregierung, die fragwürdigen Pläne der Bundesregierung zur Gesundheitsreform zu stoppen.

Die HKG – Ein Kurzporträt

Die Hessische Krankenhausgesellschaft e.V. (HKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Hessen, in dem die rd. 170 Akutkrankenhäuser des Landes mit zusammen ca. 37.000 Krankenhausbetten und einer Gesamtbeschäftigtenzahl von über 73.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammengeschlossen sind. Die HKG ist Interessenvertretung der Krankenhäuser in der gesundheitspolitischen Diskussion, nimmt gesetzlich übertragene Aufgaben im Gesundheitswesen wahr und unterstützt ihre Mitglieder durch individuelle Beratung.